

Demokratische Volkspartei.

Landtags-Wahl 22. Dezember!

An die Wählerschaft in Stadt und Land!

Am Sonntag, dem 22. Dezember, wird das braunschweigische Volk seine Vertreter zum Landtag wählen. Dann wird es zum ersten Male eine Vertretung des ganzen Volkes sein. Die bürgerliche demokratische Volkspartei fordert, daß dem Landtage allein das Recht zustehe, alle Gesetze zu beschließen und die Regierung zu wählen.

Wir wollen aus dem alten Obrigkeitstaate einen Volksstaat machen, in dem fortan keine Volksschicht besondere Vorrechte haben darf. — Darum sind wir mit der jetzigen Regierung nicht einverstanden, weil sie sich nur auf einen Teil der braunschweigischen Bevölkerung stützt und für diesen Sonderrechte fordert.

Wir fordern im Gegensatz zur Unabhängigen Sozialdemokratie die sofortige Wahl der deutschen Nationalversammlung, damit wir eine gesamtdeutsche feste Ordnung und eine Regierung bekommen, welche uns allein geben kann:

sofortigen Frieden,
Arbeit und Brot für alle,
gleiches Recht für alle,
Erhaltung der Einheit des Reiches
und Verhinderung des feindlichen Einmarsches.

Weiter muß im Interesse der breiten Masse sofort begonnen werden mit dem Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens. Keine sozialistischen Wirtschaftsexperimente, die uns zum völligen Zusammenbruch führen, wie die russischen Verhältnisse es uns lehren!

Abschaffung der kostspieligen Roten Garde, nachdem sie durch die Rückkehr der Garnisonstruppen völlig überflüssig geworden ist.

Nach der Bildung der Landesregierung durch die Mehrheit des Landtages haben die Arbeiter- und Soldatenräte ihre Aufgabe erfüllt und müssen sich auflösen.

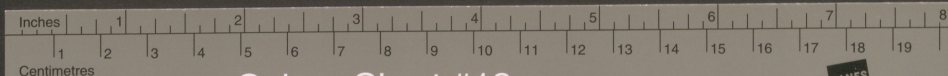
Wir treten ein für die Erhaltung des so wichtigen, selbstständigen **Mittelstandes**, der niemals untergehen darf. Für ihn ist zu fordern: Abbau der Zwangswirtschaft, Staatshilfe bei der Wiederaufrichtung der durch den Krieg gefährdeten Existenzen durch weitgehende Kreditunterstützung, Zuweisung von Rohstoffen, Waren und Aufträgen, Unterstützung seiner genossenschaftlichen Selbsthilfe-Einrichtungen.

Für die **Landwirtschaft** fordern wir:

Erhaltung des bäuerlichen Eigentums, Vermehrung der bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe, die ihre Wichtigkeit für die Volksernährung in diesem Kriege erwiesen haben, durch teilweise Aufteilung der Staatsdomänen und Abgabe von Land durch die Großgrundbesitzer gegen angemessene Entschädigung. — Den von den Sozialdemokraten befürworteten landwirtschaftlichen Staats- und Großbetrieb lehnen wir ab. — Die Forsten müssen Eigentum der Gemeinden oder des Staates werden. Verminderung des Wildschadens durch stärkeren Abschluß!

Die Demokratische Volkspartei tritt ferner ein:

- für eine großzügige Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, Schaffung von Arbeiter-Wohnheimen mit kleinem Landbesitz;
- für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der ländlichen und städtischen Arbeiterschaft, Schaffung von Schutzgesetzen gegen die rücksichtslose Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft (der stündige Arbeitstag ist zwar auf dem Lande nicht durchführbar);
- für Schaffung von Beamten-, Lehrer- und Angestelltenkammern, Schaffung von Mindestgehältern für die Angestellten, durchgreifende Besoldungsreform für die Beamtenschaft;
- für ganze oder teilweise Übernahme von industriellen **Riesetrieben** und Bergwerken durch den Staat, dem auch die Ausnützung der elektrischen und Wasserkraft bleibt. — für Erhaltung des **Privateigentums** und **Anerkennung der Kriegsanleihen**. Freie Bahn der persönlichen Tüchtigkeit, dem Fleiß, der Sparsamkeit, der Klugheit und dem Wagemut des Einzelnen!
- für eine weitgehende Fürsorge für die Kriegsteilnehmer durch Beschaffung von Arbeit, Errichtung von Kriegerheimen, Häfen und Einführung einer Arbeitslosenfürsorge;
- für eine Erleichterung der Kriegsschritte, der Kriegswitwen und -waisen, Reform des Rentengesetzes;
- für vollste Erstattung der Kriegsgewinne (soweit sie über normale Friedensverdienste hinausgehen); nach oben steigende Vermögen- und Einkommensteuern, für kräftigen Ausbau der Erbschaftsteuer, welche aber die kleinen Erbschaften freiläßt;
- Sicherung der **genauen Steuereinschätzung** durch Steuerbeamte;
- für Schaffung einer Schule, welche allen befähigten Kindern den **Besuch sämtlicher Schulen** ermöglicht, ohne Rücksicht auf Stand und Vermögen der Eltern;
- für Schaffung einer vom Staate unabhängigen Kirche, welche **allein ihrer hohen Aufgabe** dienen soll, — das Kirchenvermögen bleibt ungeschmälert. Der Staat schätzt die Kirche. Der Religionsunterricht wird verbessert, bleibt aber in der Schule. —
- für ein gleiches **Wahlrecht** aller mündigen Männer und Frauen;
- für eine **Beschränkung des maßlosen Reichtums** und Besserung der ärmeren Volksschichten, sowie einer Stärkung der Mündigkeit unseres Volkes.



Colour Chart #13

Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

